

Sitzungsunterlagen

Sitzung des Ausschusses für
Soziales, Wohnungswesen,
Demografie und Gleichstellung von
Frau und Mann

09.05.2019

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	5
Niederschrift (öffentlich)	5
Anlage 1 zur Niederschrift TnVerz 20190509	15

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum

04.06.2019

Ausschussbetreuender Fachbereich

Fachbereich 5 Jugend und Soziales

Schriftführung

Gitta Stitz

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzung am Donnerstag, 09.05.2019

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:07 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 21.02.2019 - öffentlicher Teil**
0180/2019
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 **Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**

- 7 **Berufung der Mitglieder in den "Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung" der Stadt Bergisch Gladbach**
0154/2019/1

- 8 **Jahresbericht 2018 und Prognose 2019 Frauenberatungsstelle "Frauen helfen Frauen e.V."**
0174/2019

- 9 **Jahresbericht 2018 und Prognose 2019 Mädchenberatungsstelle "Frauen helfen Frauen e.V."**
0178/2019

- 10 **Jahresbericht der GL Service gGmbH 2018**
0171/2019

- 11 **Jahresbericht 2018 vom "ExAzubiTreff" des GL Service gGmbH**
0146/2019

- 12 **Jahresbericht 2018 - "Power-Frauen" der 180° Wende**
0162/2019

- 13 **Jahresbericht Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg 2018**
0190/2019

- 14 **Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe - Bericht über die Mittelverwendung 2018**
0169/2019

- 15 **Aktueller Sachstand bei der Fortschreibung des Integrationskonzepts der Stadt Bergisch Gladbach**
0183/2019

- 16 **Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Rheinisch-Bergischen Kreis**
0189/2019

- 17 **Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**
0161/2019

- 18 **Anträge der Fraktionen**

- 19 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

- 19.1 **Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.04.2019 zu Unterbringungskosten für Flüchtlinge**
0188/2019

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende eröffnet die 22. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Sie stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

2. **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 21.02.2019 - öffentlicher Teil**
0180/2019

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

Die Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

6. **Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

7. **Berufung der Mitglieder in den "Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung" der Stadt Bergisch Gladbach**
0154/2019/1

Die Vorsitzende begrüßt die im Zuhörerraum anwesenden, zur Wahl vorgeschlagenen Personen und bittet sie, sich kurz vorzustellen.

Folgende Personen stellen sich den Ausschussmitgliedern kurz vor:

- Friedhelm Bihn (Deutsche Rheumaliga Nordrhein-Westfalen e.V.)
- Andrea Kowalewski-Brüwer (Club behinderter Menschen und Ihrer Freunde Rheinisch-Bergischer Kreis e.V.)
- Friedrich Kolb (Blinden- und Sehbehindertenverein Rheinisch-Bergischer Kreis e.V.)

- Martin Holst (Pro Hör- und Sprachgeschädigte im Progymnasium e.V.)
- Roswitha Lawrenz (Trägerorganisationen)
- Anne Skribbe (Katholische Jugendagentur)
- Dirk Weber (Sportvereine, die Sport für Menschen mit Behinderung anbieten)

Der Ausschuss beschließt einstimmig ohne Enthaltung die dem Vorschlag der Verwaltung folgende **Beschlussempfehlung für den Rat:**

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach wählt die in der Vorlage genannten Bewerberinnen und Bewerber in den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“.

Ordentliches Mitglied

Herr Friedhelm Bihn
 Frau Andrea Kowalewski-Brüwer
 Frau Katharina Kaul
 Herr Peter Lücking
 Herr Friedrich Wilhelm Kolb
 Herr Martin Holst
 Herr Jürgen Münsterteicher
 Frau Ursula Bundschuh
 Frau Roswitha Lawrenz

Stellvertretendes Mitglied

Frau Daniela Ali
 Herr Alexander Rosskopf
 Frau Anne Skribbe
 Herr Ralf Schirmer
 Herr Bülent Aydinlioglu
 Frau Ingrid Degwitz
 Herr Dirk Weber
 Frau Angela Mascharz
 Frau Sandra Umolac.

**8. Jahresbericht 2018 und Prognose 2019 Frauenberatungsstelle "Frauen helfen Frauen e.V."
 0174/2019**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

Herr Kockmann bittet Frau Holthausen von der Frauenberatungsstelle, die in den schwarzweißen Ausdrucken der Einladung nicht so gut erkennbaren Prozentanteile der Diagramme in den zukünftigen Jahresberichten jeweils zusätzlich mit Ziffern zu versehen.

**9. Jahresbericht 2018 und Prognose 2019 Mädchenberatungsstelle "Frauen helfen Frauen e.V."
 0178/2019**

Frau Stauer bedankt sich bei Frau Holthausen für die sehr eindrucksvoll dokumentierte Arbeit sowohl der Frauenberatungsstelle als auch der Mädchenberatungsstelle.

Frau Stauer fragt, ob die Sportvereine im Umfeld angesichts der Diskussion um sexualisierte Gewalt am Handlungsleitfaden der Deutschen Sportjugend orientiert handelten und sich der gebotenen Transparenz verpflichteten.

Frau Holthausen antwortet, die Mädchenberatungsstelle habe kapazitätsbedingt keine direkten Kontakte zu den Sportvereinen, es habe aber in der Vergangenheit gelegentliche Anfragen von Mädchen oder Begleitpersonen gegeben. Aufgrund ihrer persönlichen Erfahrung als frühere Übungsleiterin im Bereich Selbstverteidigung habe sie gute Bezüge zu Sportvereinen und wisse um diese Vereinbarung bzw. Verpflichtung. Frau Holthausen vermutet, die Sportvereine seien auf einem guten Weg im Sinne des Handlungsleitfadens, der über einen langen Zeitraum entstanden sei. Nach ihrer Auffassung sei es jedoch noch ein langer Weg, bis wirklich alle Vereine gute Schutzkonzepte sowie gute Kooperations- und Vernetzungsarbeit hätten. Frau Holthausen informiert, dass die Mädchenberatungsstelle im Falle des erhofften größeren Stundenkontingents im nächsten Jahr das Thema auf die Agenda nehmen werde. Aktuell könne die Mädchenberatungsstelle dies jedoch nicht leisten.

Herr Dr. Bernhauser ergänzt, der Deutsche Kinderschutzbund im RBK sei Träger einer anerkannten Beratungs- und Präventionsstelle gegen sexuelle Gewalt, und in jüngster Zeit seien die Kontakte zu den Sportverbänden deutlich intensiver geworden.

Herr Kockmann erkundigt sich, ob angesichts der in der Vorlage dargestellten Finanzierungsprobleme die Möglichkeit bestehe, Ehrenamtliche stärker einzubinden.

Frau Holthausen führt aus, die Mädchenberatungsstelle sei mit Hauptamtlerinnen besetzt. Sie schätze zum einen ehrenamtliches Engagement sehr, zum anderen erfordere der konzeptionell hohe Anspruch in der Beratungs- und Präventionsarbeit der Mädchenberatungsstelle eine Profession, die durch ehrenamtliche Arbeit schwer zu leisten sei.

10. Jahresbericht der GL Service gGmbH 2018 **0171/2019**

Frau Stauer dankt Herrn Kuhlen für den Bericht, der die gute Arbeit der GL Service gGmbH zeige. Die SPD-Fraktion freue sich sehr, dass Langzeitarbeitslose hier in guter Obhut seien. Es sei wichtig, dass für diese Menschen intensiv etwas getan werde.

Frau Stauer bezieht sich auf Seite 51, wonach die Arbeitsgelegenheiten für alle Asylbewerber*innen offen seien, allerdings gingen sowohl die Maßnahmekosten als auch die Mehraufwandspauschalen, die die Teilnehmenden für ihre gemeinnützigen Arbeiten erhielten, zu Lasten des kommunalen Haushalts. Frau Stauer legt besonderen Wert darauf, dass dieser Umstand für die Ausschussmitglieder ein Anlass sei, die ihnen bekannten Bundestagsabgeordneten immer wieder darauf anzusprechen, dass die Übernahme dieser zusätzlichen Kosten eine Bundesaufgabe sei.

Herr Kockmann hält es angesichts des hohen Arbeitsaufwands der Berichtersteller*innen der auf der Tagesordnung stehenden Jahresberichte für angemessen und wertschätzender, die Berichte zukünftig an unterschiedlichen Terminen zu präsentieren und sie von den entsprechenden Ersteller*innen vorstellen zu lassen.

Frau Stauer gibt zu bedenken, dass diese Aufbereitung ggf. andere Ressourcen personeller Art erfordere. Sie schlägt vor, beispielsweise einmal eine Sitzung bei der GL Service gGmbH stattfinden zu lassen, weil die Themen in der Praxis besser nachempfunden werden könnten und alle Beteiligten sich entsprechend wertgeschätzt fühlten.

Die Vorsitzende bedankt sich für den guten Vorschlag, der grundsätzlich bereits zur Umsetzung vorgesehen sei.

Herr Dr. Bernhauser weist darauf hin, dass gemäß dem Bericht in der GL Service gGmbH u. a. das Angebot „Ableistung von Sozialstunden“ unterfinanziert sei, die Arbeit wegen deren Wichtigkeit aber dennoch durchgeführt werde. Die Betreuungskosten für Erwachsene, die Sozialstunden ableiteten, finanzierten sich aus Bußgeldern, die die Gerichte der GL Service gGmbH zukommen ließen. Diese deckten jedoch bei Weitem nicht die Betreuungskosten. Man müsse individuell auf die Menschen eingehen, die zwischen 18 und 480 Stunden pro Person ableiteten.

Frau Bähler-Sarembe dankt Herrn Kuhlen für den umfangreichen Bericht und die fantastische Arbeit der GL Service gGmbH und fragt, ob außer Bußgeldern in Höhe von 200 € auf die Gesamtkosten in Höhe von 1.500 € noch weitere Zahlungen seitens der Gerichte zu erwarten seien.

Herr Kuhlen bedankt sich für die vielen positiven Rückmeldungen. Er antwortet Frau Bähler-Sarembe, nachdem sich die Kirchen als Anbieterinnen von Sozialstunden weitgehend zurückgezogen hätten, arbeite die GL Service gGmbH zunehmend in Projekten wie beispielsweise StandUp mit der Jugendgerichtshilfe, der Staatsanwaltschaft und der Bewährungshilfe zusammen, die der GL Service gGmbH verstärkt Menschen zuwies. In diesem Zusammenhang setze sich

die GL Service gGmbH jedes Jahr erneut mit dem Amtsgericht in Bergisch Gladbach und der Staatsanwaltschaft in Köln in Verbindung, um für diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe in das Verzeichnis der Geldauflagenempfänger*innen aufgenommen zu werden. Die Geldzuweisungen erfolgten aber nicht regelmäßig, sondern eher zufällig an eine der in einer langen Liste verzeichneten Organisationen. Seit vielen Jahren mache die GL Service gGmbH die Erfahrung, dass die Zuweisung von Geldauflagen eher schleppend verlaufe.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bernhauser berichtet Herr Kuhlen, das im Projekt StandUp 17 Menschen von 121 in ein Ausbildungsverhältnis, 9 weitere in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit und 31 weitere in eine schulische oder berufliche Bildungsmaßnahme vermittelt worden seien. Dies entspreche annähernd 50 Prozent der Menschen. Angesichts der schwierigen Zielgruppe halte er dies für ein gutes Ergebnis. Zur Zielgruppe gehörten Jugendliche, die keine Termine mehr beim Jobcenter oder der Berufsberatung wahrnahmen und dort oftmals abgemeldet seien, Jugendliche ohne festen Wohnsitz, häufig mit Suchtproblemen und damit verbundener Delinquenz, Jugendliche ohne Schulabschluss, Menschen ohne existenzielle Grundlage. Bei der Begründung des Projekts StandUp habe Herr Hastrich als damaliger Fachbereichsleiter Jugend und Soziales sehr deutlich gemacht, dass es ein großer Erfolg sei, auch nur einen Menschen mit einer schwierigen Sozialprognose auf den richtigen gesellschaftlichen Weg zu führen, weil andernfalls eine lange oder sogar lebenslängliche Alimentation dieser Menschen anstehe. Die GL Service gGmbH begleite diese Menschen über eine Dauer von einem halben Jahr bis hin zu fünf Jahren, in denen versucht werde, Vertrauen und Beziehung aufzubauen. Konzeptimmanent sei auch, dass ab Beginn einer Ausbildung, eines Schulbesuchs, einer Maßnahme oder eines Arbeitsverhältnisses die Begleitung bedarfsabhängig mindestens ein halbes Jahr weiterbestehe, weil die Übergänge in eine neue Lebenssituation oft besonders fragil seien. Darüber hinaus finde keine weitere Überprüfung von Abschlüssen nach drei oder vier Jahren statt; eine solche sei alleine aus Datenschutzgründen auch problematisch.

Frau Koshofer lobt die Arbeit der GL Service gGmbH als unglaublich umfangreich. Frau Koshofer fragt nach Ursachen dafür, dass Jugendliche trotz des umfänglichen Sozialsystems nicht in ihre Rollen fänden.

Herr Kuhlen führt aus, grundsätzlich könne er dazu keine Begründung abgeben, warum die Welt für Jugendliche vielleicht schwieriger geworden sei. Die sozialen Problemlagen der zu betreuenden Jugendlichen gestalteten sich immer komplexer und immer schwerwiegender. Bei den meisten Jugendlichen gebe es sekundäre Probleme von häufig drogeninduzierten psychischen Erkrankungen, Delinquenz und Drogenproblematik. Natürlich habe sich auch unsere Gesellschaft verändert, in der der Einzelne im Vordergrund stehe. Dies gelte für alle Gesellschaftsschichten und sei sehr komplex. Herr Kuhlen schätzt einerseits die Gefährdungen für Jugendliche deutlich höher als vor 50 Jahren ein, andererseits sei die soziale Kontrolle deutlich geringer geworden. Auch die Möglichkeiten der Jugendlichen, autark zu sein und aus einem bestimmten System und von traditionellen Wegen auszubrechen, seien deutlich größer geworden.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Kuhlen für seine Antworten und die gute, wichtige Arbeit.

11. Jahresbericht 2018 vom "ExAzubiTreff" des GL Service gGmbH
0146/2019

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

12. Jahresbericht 2018 - "Power-Frauen" der 180° Wende
0162/2019

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

13. **Jahresbericht Netzwerk Wohnungsnot RheinBerg 2018**
0190/2019

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

14. **Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe - Bericht über die Mittelverwendung 2018**
0169/2019

Herr Dr. Bernhauser merkt an, er sei froh darüber, dass auch angesichts der schwierigen Haushaltssituation die beschlossenen 60.000 € über Jahre hinweg gerettet werden konnten. Der Betrag werde jeweils zur Hälfte den sozialen Netzwerken und für individuelle Einzelfallhilfen für bedürftige Familien und bedürftige Kinder bereitgestellt. Der Umstand, dass die Beträge jedes Jahr zu 100 % ausgegeben würden, signalisiere einen höheren Bedarf. Sollte die Haushaltssicherung perspektivisch demnächst überwunden sein, müsse vielleicht über die Erhöhung des Betrags nachgedacht werden.

15. **Aktueller Sachstand bei der Fortschreibung des Integrationskonzepts der Stadt Bergisch Gladbach**
0183/2019

Herr Kockmann bedauert, dass angesichts der wesentlichen Bedeutung des Themas Integration die Verwaltung bislang keine Vorlage zur Verfügung gestellt habe, und fragt nach der Wahrscheinlichkeit, dass das Integrationskonzept in der Sitzung am 18.06.2019 vorliegt.

Herr Stein antwortet, er teile Herrn Kockmanns Einschätzung und bittet Herrn Tillmann um nähere Information.

Herr Tillmann schildert, die Arbeit am Integrationskonzept stelle sich zähflüssiger dar als die Verwaltung dies selbst im Vorfeld angenommen habe. Aus internen Gründen habe die Verwaltung sich gezwungen gesehen, die Federführung bei der Erstellung des Integrationskonzeptes Mitte Februar in andere Hände zu legen, so dass eine weitere Verzögerung hinzugekommen sei. Herr Tillmann führt aus, zurzeit werde zwar die redaktionelle Arbeit durchgeführt, er sei aber der Inhaltlichkeit wegen skeptisch, das Integrationskonzept zum 18.06.2019 einbringen zu können. Die personelle Situation in der dafür federführend verantwortlichen Abteilung sei schwierig gewesen und werde jetzt urlaubsbedingt noch schwieriger.

Herr Dr. Bernhauser weist darauf hin, dass die soziale Integration der Zugewanderten eine der wichtigsten sozialen Aufgaben in Bergisch Gladbach sei. Das Integrationskonzept von 2010 habe die Zuwanderungswelle der letzten Jahre nicht berücksichtigt. Es finde zwar auch ohne Konzept eine gute Arbeit statt, aber das neue Konzept könne als Handlungsleitfaden verstärkt neue Prioritäten setzen und einzelne Aspekte vielleicht auch besonders herausstellen und fördern. Herr Dr. Bernhauser hält dies für dringend nötig, weil in mangelnder Integration hoher sozialer Zündstoff liege und präventive Arbeit nötig sei. Deswegen sei es politischer Wille, dass die Verwaltung die nötigen Ressourcen für die grundlegende Aktualisierung des Konzepts aus 2010 und die Neuerstellung zur Verfügung stelle.

Frau Stauer schlägt vor, Best-Practice-Modelle vergleichbarer NRW-Kommunen heranzuziehen.

Herr Stein bestätigt aus eigener Erfahrung, welche anspruchsvolle Aufgabe die Erstellung eines vernünftigen Integrationskonzepts ist. Die Ursache dafür, dass in Bergisch Gladbach bislang kein solches vorgelegt werden können, seien interner Natur, und im Rahmen seiner Aufgaben als zuständiger Dezernent arbeite er daran, eine Besserung herbeizuführen.

Die Vorsitzende bedankt sich und hofft, dass das Integrationskonzept nach den Sommerferien vorliegt.

16. Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Rheinisch-Bergischen Kreis
0189/2019

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

17. Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach
0161/2019

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

18. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

19. Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden keine Anfragen gestellt.

19.1. Anfrage der FDP-Fraktion vom 01.04.2019 zu Unterbringungskosten für Flüchtlinge
0188/2019

Herr Stein bittet aus den in der Vorlage beschriebenen Gründen um etwas Geduld. Die Verwaltung arbeite zurzeit an diesem ausgesprochen komplizierten Vorgang. Die finanzwirtschaftliche Darstellung der Räumung und Neugestaltung der Containerstandorte sei sehr komplex, weil es sich in diversen Haushaltsplänen, Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen niederschläge. Der Vorgang habe diverse Auswirkungen sowohl im Jahresabschluss des Immobilienbetriebs als auch im städtischen Haushalt. Die Verwaltung trage aktuell die konkreten Auswirkungen zusammen und strukturiere sie. Mit Wirtschaftsprüfern und der Kommunalaufsicht sei über die konkreten Modalitäten zu sprechen. Herr Stein führt aus, er wolle das Ergebnis nicht nur im Fachausschuss, sondern auch in den Haupt- und Finanzausschuss einbringen, weil das Thema von einer nicht unerheblichen finanzpolitischen Relevanz sei. Hinzu komme, dass sich auf Bundesebene schwierige Entwicklungen abzeichneten. Insbesondere hinsichtlich der Berücksichtigung der Unterkunftskosten für die Flüchtlinge im SGB-II-Leistungssystem gebe es ein relativ kompliziertes Verfahren zur Kostenübernahme durch den Bund, das nach der aktuellen Gesetzeslage Ende 2019 auslaufe. Auf der Bundesebene werde zurzeit intensiv und auch sehr kontrovers darüber diskutiert, in welcher Dimension das Verfahren weitergehe. Der Bund müsse nach der heute veröffentlichten Steuerschätzung im Vergleich zu seinen bisherigen Steuerschätzungen mit niedrigeren Mehreinnahmen rechnen und das führe zu einer gewissen finanzpolitischen restriktiven Haltung des Bundes. Wenn sich der bisherige Diskussionsstand realisiere, sei mit einer Mehrbelastung des Kreishaushalts von ungefähr 6 Millionen Euro zu rechnen, wovon sich dann 40 % im städtischen Haushalt negativ abbildeten. Herr Stein bittet alle Anwesenden, die in irgendeiner Weise bundespolitisch vernetzt sind, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände zu unterstützen, dass die aktuellen Regelungen verlängert werden.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Informationen.

Frau Koshofer bedankt sich bei Herr Stein für die Information, sie werde sie an ihre Fraktion weitergeben. Es sei gut zu wissen, dass die Verwaltung die auch im öffentlichen Interesse stehenden Entwicklungen im Blick habe und daran arbeite.

Frau Stauer macht auf neue Upcycling-Konzepte für diverse Formen von Containern aufmerksam. Möglicherweise könnten die Container auch für KiTa-Engpässe, als Kaufobjekt für private

Bauvorhaben und andere Bedarfe eingesetzt werden. Frau Stauer fragt, ob die Verwaltung diese Möglichkeiten bedenke.

Frau Tillmann informiert, dass sie aktuell in verschiedenen Runden mit mehreren Fachbereichen der Stadt Bergisch Gladbach zusammensitze, in denen eine Strategie zur Containernutzung, zum Wert der Container und Vergabekriterien abgestimmt würden. Frau Tillmann informiert, Bedarfsanfragen aus der Stadt Bergisch Gladbach, gerne auch von städtischen Vereinen, könnten zur Weiterleitung an sie oder den Kollegen gestellt werden.

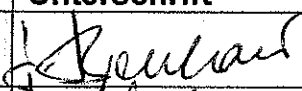
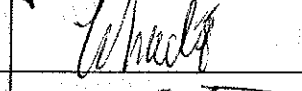
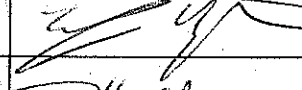
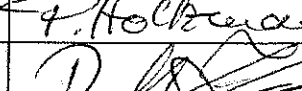

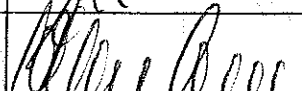
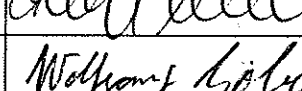
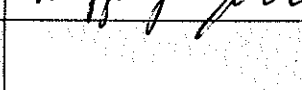
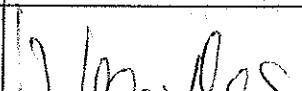
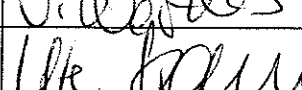

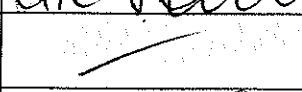
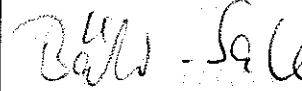
Die Vorsitzende bedankt sich für die Beantwortung der Fragen.

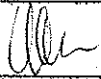

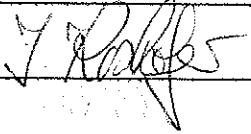
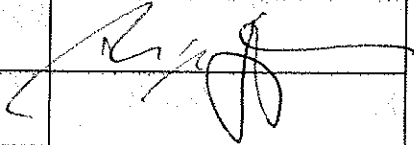
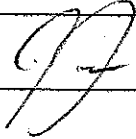
Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.05 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

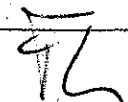
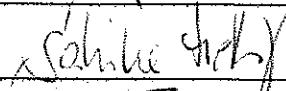
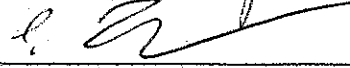

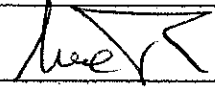
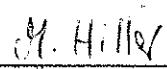
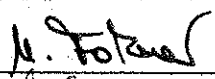
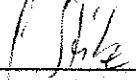
TEILNAHMEVERZEICHNIS

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und
Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzungsort: Rathaus Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungstag: 09. Mai 2019	Sitzungsdauer: 17.00 Uhr bis 18.07 Uhr
---	-------------------------------------	--

Ausschussmitglied:	Vertretung:	Anwesenheit von - bis:	Unterschrift
Dr. Bernhauser, Johannes			
Schacht, Rolf-Dieter			
Gürster, Ulrich (s.B)			
Holtzmann, Petra (Vors.)			
Münzer, Mechtild	Krans, Robert Martin	17.10	
Pick, Rudolf		"	
Kockmann, Karlheinz Bernhard			
Göbels, Wolfgang			
Holz-Schöttler, Brigitte (stellv. Vors.)	Werdes, Vera (s.B.)		
Stauer, Ute			
Krasniqi, Kastriot			
Bähler-Sarembe, Marta			

Ausschussmitglied:	Vertretung:	Anwesenheit von – bis:	Unterschrift
Weber, Dirk			
Scheerer, Anna Maria			A.M. Scheerer
Heiß, Dagmar (s.B.)			
Koshofer, Ingrid			
Stark, Hans (s.B.)	Jungbluth, Torken ab 17.02.00		
<u>Beratendes Mitglied:</u>			
Misini, Lucie	Reiter, Roland (s.B.)		
<u>Beratende Mitglieder:</u>			
Basyigit, Saim (s.E.) (Integrationsrat)			entschuldigt
Klein, Manfred (s.E.) (Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung)			/
Mertes, Gila (s.E.) (Seniorenbeirat)	Lauferberg, H. Lauferberg s.B.		H. Lauferberg

Verwaltung		
Stein, Frank	VVI	
Hellwig, Sabine	Fachbereichsleitung 5, Jugend und Soziales	
Tillmann, Christiane	Fachbereich 5, Jugend und Soziales	
Kuhlen, Andreas	GL Service gGmbH	
Tillmann, Mare	Fachbereich 5	
Hiller, Monika	VVII-3	
Fahner, Michaela	03, Stabsstelle Frauenbüro/ Gleichstellungsstelle	
Stitz, Gitta	Schriftführerin	

Gäste:



(Magdalene Holthausen),
Frauen helfen Frauen e.V.

.....

.....

.....

.....

